

## Ordnungspartnerschaften

Herr Garn berichtet, dass der Oberbergische Kreis Ordnungspartnerschaften mit den Kommunen plant, damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Kreisgebiet gestärkt wird.

Die Finanzierung wurde bereits im Kreistag am 08.06.2017 beschlossen.

Er erläutert die wesentlichen Eckpunkte zur Finanzierung, Personal, Aus- und Fortbildung und Ausstattung:

- Einsatz qualifizierter Außendienstkräfte der örtlichen Ordnungsbehörde im Gemeinde- bzw. Kreisgebiet
- Bereitstellung eines Personalkostenzuschusses je Kommune von bis zu 35.000 € jährlich durch den Oberbergischen Kreis, der dazu dient, zusätzliche hauptamtlichen Außendienstkräfte in den Kommunen zu beschäftigen oder zusätzliche Stellenanteile zu schaffen. Die Gewährung eines vollen Zuschusses ist an die Bedingung geknüpft, dass in Summe eine ganze zusätzliche Stelle geschaffen wird. In Marienheide könnten 2 Halbtagsstellen eingerichtet werden, damit ein sicherer Einsatz zu zweit gewährleistet ist. Die Einzelheiten zwischen Kreis und Kommunen sind noch im Detail abzustimmen.
- Organisation von Fortbildungsveranstaltung durch den Oberbergischen Kreis
- Beschaffen von Dienstkleidung sowie geeigneter Fahrzeuge in polizeiähnlicher Optik durch den Oberbergischen Kreis
- gemeinsame Streifengänge zwischen Außendienstkräften der Kommunen und Bediensteten der Kreispolizeibehörde
- regelmäßige Besprechungen vor Ort auf Einsatzebene, insbesondere ein monatlicher persönlicher Austausch zwischen dem Bezirksbeamten der Kreispolizeibehörde und der Leitung der örtlichen Ordnungsbehörde
- Vereinbaren eines einheitlichen Meldeweges in allen sicherheitsrelevanten Angelegenheiten
- Aktualisierung einer ordnungsbehördlichen Verordnung nach § 27 OBG NRW, für Marienheide die bestehende Straßen- und Anlagenverordnung
- ggf. interkommunale Zusammenarbeit zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung durch Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zwischen benachbarten kreisangehörigen Kommunen

Zwischen den Kommunen, der Kreispolizeibehörde sowie dem OBK sollen ab Herbst entsprechende Kooperationsverträge geschlossen werden, wobei individuelle Abstimmung je Kommune möglich sein werden. Bisher haben 13 Kommunen Ihre Teilnahme zugesagt.

## „Mülllagerung“ Gemüsehändler, Hauptstraße

RM Meckel weist nochmals auf den Zustand des Geländes um den Gemüsehändler in der Hauptstraße/Ecke Bockelsburger Weg hin.

Herr Garn erläutert, dass verwaltungsseitig keine Handhabe vorläge, da die Lagerung auf Privatgelände erfolge. Gespräche wegen der Art der Lagerung und der Außenwirkung habe es in der Vergangenheit bereits gegeben. Er sagte zu, nochmals Kontakt mit dem Händler aufzunehmen.

### Sichtbehinderung Kahlenbergstraße (Kurve)

RM Gumprich spricht eine starke Sichtbehinderung durch hohes Gras in der Kahlenbergstraße an.

Verwaltungsseitig wird kurzfristig eine Ortsbesichtigung vorgenommen bzw. Abhilfe gewährleistet.